



Friedensland NRW: Zivil statt Militär

Maßnahmen zur Stärkung der friedenspolitischen Positionierung unseres Bundeslandes

Nordrhein-Westfalen ist über zahlreiche Kanäle freundschaftlich mit vielen Ländern und Orten der Welt verbunden. Städtepartnerschaften verbinden Menschen aus NRW mit Menschen anderer Länder und Kontinente. Handelsbeziehungen knüpfen Verbindungen kreuz und quer über den Globus. Zuwanderer bringen Kultur und Sprache anderer Länder an Rhein und Ruhr, ihre verwandtschaftlichen Bindungen in die Heimatländer stellen Brücken aus NRW in viele Gegenden der Welt dar. Unser Bundesland hat friedliche Beziehungen in alle Welt!

Doch NRW ist auch ein Land des Militärs und der Rüstung, der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung. Mit Rheinmetall in Düsseldorf und Thyssen-Krupp in Essen sind zwei der größten deutschen Rüstungskonzerne in NRW beheimatet. Die Firma Urenco in Gronau betreibt dort die einzige Urananreicherungsanlage in Deutschland, mit der nicht nur immer noch zahlreiche Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgt werden, sondern deren Technologie auch zur Herstellung von Atombomben dienen kann. Die Bundeswehr unterhält hier zahlreiche Standorte. Besonders bedrohlich ist die Luftwaffenkommandozentrale in Kalkar, von der aus alle Luftwaffeneinsätze der Bundeswehr, ob im Syrienkrieg, in Afghanistan, Mali oder über dem Baltikum gesteuert werden. Gefährlich sind auch die Eurofighter-Basis in Nörvenich, der AWACS-Stützpunkt in Geilenkirchen und die Luftwaffenzentrale in Köln-Wahn. In Augustdorf ist an einem der größten Heeresstandorte Deutschlands die Panzerbrigade 21 stationiert, deren Soldaten in Afghanistan Krieg führten und auch an anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligt sind. Auf dem benachbarten Truppenübungsplatz Senne, mitten in der einzigartigen Naturlandschaft der Senne, üben die Bundeswehr und die britische Armee für ihre Kriegseinsätze. In Münster befindet sich die Zentrale des deutsch-niederländischen Korps, das im Wechsel mit anderen die Schnelle Eingreiftruppe der NATO stellt, einem zentralen Element in der aktuellen Konfrontation der NATO gegenüber Russland.

Wir wollen kein Kriegsland NRW, wir wollen ein Friedensland zwischen Rhein und Weser!

Konversionsprogramm aufstellen

Wir fordern die Schließung der Militärstandorte wie die NATO-Kommandozentrale in Kalkar/Uedem und den AWACS-Stützpunkt in Geilenkirchen. Durch Maßnahmen des Landes kann der Weg bereitet werden, damit eine solche Schließung nicht zu Lasten der Beschäftigten und der Bürger im Umfeld geht, sondern neue Perspektiven eröffnet. *Daher fordern wir von der Landesregierung die Einrichtung eines Landeskonversionsprogramms.* Damit kann die Landesregierung frühzeitig Strukturen und Gelder bereitstellen, um die Umwandlung eines militärischen in einen zivilen Standort verträglich umzusetzen. Solche Programme gibt es bereits in anderen Bundesländern.

Nationalpark Senne einrichten

Einen weiteren Schritt, den die Landesregierung allein gehen kann, ist die Einrichtung eines Nationalparks Senne unter Einschluss des riesigen Gebietes des dortigen

Truppenübungsplatzes. Die britische Armee hat zum Ende des Jahrzehnts ihren Abzug angekündigt, dann ist der Weg für den von Bevölkerung und Naturschutzverbänden seit langem geforderten zweiten Nationalpark in NRW frei. Bereits geäußerten Begehrlichkeiten der Bundeswehr, dieses riesige Gebiet dann für die deutsche Armee zu nutzen, sind ausdrücklich abzulehnen. *Wir fordern die Umwandlung des Truppenübungsplatzes Senne in einen Nationalpark!*

Betriebsgenehmigung entziehen

Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Doch in Gronau im Münsterland wird in der einzigen Urananreicherungsanlage Deutschlands der Brennstoff für Atomkraftwerke weiter hergestellt. *Wir fordern die Rücknahme der Betriebsgenehmigung für Urenco durch die Landesregierung.* Damit stünde auch die Technologie für den Bau von Atomwaffen in Deutschland nicht mehr aktiv zur Verfügung.

Wirtschaftsförderung nur zivil

Das Land NRW unterstützt die heimische Wirtschaft mit finanziellen Mitteln und durch unterschiedliche Beratungs- und Serviceleistungen. Davon profitieren auch Hersteller und Zulieferer der Rüstungsindustrie. *Wir fordern, diese Leistungen an die Bedingung zu knüpfen, dass die unterstützten Unternehmen nicht im Bereich militärischer Sicherheits- und der Rüstungsindustrie tätig sind.*

Bildung für „Friedensgesinnung und Völkergemeinschaft“

Es gibt wenige Politikfelder, über die der neue Landtag so viel bestimmen wird wie über die Bildung. Und es gibt wenige Politikfelder, über die die Landesverfassung so viel bestimmt hat wie über die Bildung. Dort heißt es in Art. 7 (2): „Die Jugend soll erzogen werden [...] zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“

Auch aus diesem Verfassungsgebot leitet die DFG-VK NRW ihre Forderungen zur Landesbildungspolitik ab. Über diese Forderungen zur Konversion von Bildungspolitik und die Vorstellungen der Landesparteien hierzu sucht die DFG-VK NRW das Gespräch.

Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Schulen

2008 haben in NRW das Schulministerium und die Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen - als erste dieser Art in Deutschland. 2012 wurde diese Vereinbarung geändert, um auch kontroverse und alternative Positionen zur Bundeswehr darzustellen. Dennoch heißt es: „Jugendoffiziere der Bundeswehr können, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung, im Rahmen von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die Aufgabenstellung der Bundeswehr informieren.“

Die DFG-VK NRW ist davon überzeugt, dass Friedensgesinnung und Friedenssicherung nicht dasselbe sind. Die Betonung der Friedenssicherung verschiebt die Perspektive auf Konflikte immer mehr vom Politischen zum Militärischen. Darum fordert die DFG-VK NRW weiter, *dass die Vereinbarung ersatzlos gestrichen wird und die Bundeswehr in den Schulen nicht mehr für sich wirbt.*

Zivilklausel an Hochschulen

Der Landtag von NRW hat 2014 eine Zivilklausel im Hochschulgesetz beschlossen. Doch bestehen immer noch Konflikte über deren Auslegung und Durchsetzung. Besonders vermisst die DFG-VK NRW die vollständige Offenlegung der Inhalte von Projekten mit Mitteln aus der Bundeswehr oder Rüstungswirtschaft.

Daher fordert die DFG-VK NRW, *dass die Zivilklausel an allen Hochschulen durch den Landtag und die Landesregierung durchgesetzt wird.*

Friedensbildung in der LehrerInnenaus- und -fortbildung

Angebote der friedenspolitischen LehrerInnenbildung gibt es bis jetzt nur vereinzelt wie z.B. im Rahmen des „Modul-Tags“ der Fachseminare Sozialwissenschaften der Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung.

Die DFG-VK NRW fordert, *dass die friedenspolitische Bildung in der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen und LehramtsanwärterInnen (incl. Studium und Referendariat) durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung gestärkt wird.*

Förderung von Stiftung Umwelt und Entwicklung und Eine-Welt-Netz

Es gibt einige wertvolle Angebote der friedenspolitischen Bildung in NRW wie z. B. das Friedensbildungswerk Köln, das DFG-VK-Bildungswerk NRW, der Bund für soziale Verteidigung, das Forum ZFD, doch es gibt wenig öffentliche Förderung hierfür. Diese sind häufig schlecht finanziert, entweder nur aus Beiträgen und Spenden oder nur dann aus Zuschüssen, wenn sie Friedensforschung oder entwicklungspolitische Bildung darstellen. Das Land NRW unterstützt mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung und das Eine-Welt-Netz NRW auch nur eine öffentliche Förderung für umwelt- und entwicklungspolitische, nicht für friedenspolitische Bildung von unabhängigen Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Darum fordert die DFG-VK NRW *die Erweiterung der Förderung der Stiftung Umwelt und Entwicklung in eine Stiftung Umwelt, Entwicklung und Frieden auch für Friedens(bildungs)arbeit und die Einrichtung einer Eine-Welt-Netz-PromotorIn für die Friedensbildungsarbeit.*